

nen über Menschenrechtssituationen und den Meinungsaustausch über die Rolle der Kirchen beim Schutz der Menschenrechte zu fördern. SODEPAX hat in seinem Kolloquium über neuere Entwicklungen im sozialen Denken der Kirche, das im Juli 1977 zu Rocca di Papa in Italien stattgefunden hat, auf theo-

gischer Grundlage einen ökumenischen Dialog über die Menschenrechte in Gang zu bringen versucht und in der Folge in Zusammenarbeit mit der CCIA ein Projekt zu einem vielseitigen Studium dieser Frage innerhalb des ÖRK und mehrerer der größten Konfessionsfamilien der Welt ausgearbeitet.

¹ Für einen geschichtlichen Gesamtüberblick vgl. Religious Freedom: Main Statements by the World Council of Churches 1948–1975 (CCIA/ÖRK, Genf).

² Menschenrechte und christliche Verantwortung, Bericht der Konsultation St. Pölten, Österreich, 21.–26. Okt. 1974 (ÖRK–CCIA) Genf.

³ Ebd.

⁴ Fünfte Vollversammlung des ÖRK, Nairobi, Kenya, 1975. Bericht der Sektion V: Strukturen der Ungerechtigkeit und der Kampf um Befreiung (ÖRK, Genf).

⁵ WCC Central Committee, Addis Abeba, 1971. Report and Recommendations on Human Rights (ÖRK, Genf).

⁶ ÖRK-Zentralausschuß, Erklärung zur Folter (CCIA/ÖRK, Genf).

⁷ Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten, Bericht der Militarismus-Konsultation, Glion, 13.–18. Nov. 1977; Bericht der Konsultation über Abrüstung, Glion, 9.–15. April 1978 (CCIA/ÖRK, Genf).

⁸ Vgl. oben sowie WCC Central Committee, Genf 1976, Recommendations on Human Rights; ÖRK-Zentralausschuß, Genf, 28. Juli – 6. Aug. 1977, Dokument Nr. 13, Bericht über die Menschenrechte. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. August Berz

LEOPOLDO JUAN NIILUS

1930 in Tallinn (Reval) geboren. Gymnasialstudien in Estland. Studium der Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät der Nationaluniversität Buenos Aires, Argentinien, und an der Southern Methodist University, Dallas, Texas. Zunächst Tätigkeit als Rechtsanwalt in Buenos Aires. Gründungsmitglied des Argentinischen Instituts für Verwaltungswissenschaften. Mitarbeit in der Christlichen Studentenbewegung. Zeitweise Mitglied des Zentralausschusses und Rechtsberater der Iglesia Evangélica Luterana Unida Argentiniens. Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz und der Arbeiterpartei. 1966–1967 Mitglied der argentinischen Abteilung des Rio-de-la-Plata-Zentrums für Christliche Studien. 1968–1969 Generalsekretär der Kommission für Kirche und Gesellschaft in Lateinamerika. Seit 1969 Leiter der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf. Maßgeblich beteiligt an der Anbahnung von Friedensverhandlungen für den Sudan (1972). Veröffentlichungen u.a. zum Strafrecht; Beiträge in verschiedenen ökumenischen Zeitschriften, in Cahier Protestants (Genf) und Christianisme Social (Paris). Anschrift: Conseil Œcuménique des Eglises, Commission des Eglises aux Affaires Internationales, 150 route de Ferney, CH–1211 Genève 20.

Maria Goretti/Domingo Sale Die Kirche und der Kampf um die Menschenrechte auf den Philippinen

Die katholische Kirche auf den Philippinen rechnet ungefähr 85 % der Bevölkerung zu ihren Mitgliedern, aber man kann nicht sagen, daß sie in ihrer Haltung zu den Menschenrechten einig sei.

In einer Erklärung vom 4. November 1976 wandten sich siebzehn Bischöfe an die Hauptursache dieser Spaltung, an «das Kriegsrechtregime, für das die Grundrechte des Menschen zweitrangig sind»¹.

In diesem kurzen Aufsatz werden wir eine Übersicht darüber zu geben versuchen, wie sich die Kirche auf den Philippinen in den letzten zehn Jahren im Kampf um die Menschenrechte verhalten hat.

1. Politische Gefangene

Im Februar 1977 gab der Verteidigungsminister zu, daß seit der Ausrufung des Kriegsrechts um die 60 000 Personen verhaftet worden sind². Nur gegen wenige von ihnen wurde Anklage erhoben, und mit Ausnahme von Senator Benigno Aquino, Victor Corpuz und Bernabe Buscayno wurde über niemand ein Urteil gefällt. Zwei Berichte der Höheren Obern der Frauen- und Männerorden auf den Philippinen sowie der Bericht der im November nach den Philippinen entsandten Beobachter von Amnesty International und ein neuerer Bericht der Internationalen Juristenkommission dokumentieren, daß gegen politische Gefangene die Folter reichlich angewandt wird und daß eine ganze Anzahl Folterungen erlitten sind³. In den letzten Monaten hat der Druck, der von außen auf das Marcos-Regime ausgeübt wird, einfach dazu geführt, daß solche, die verhaftet wurden, gleich darauf verschwand. Das vor kurzem in Mauban, Quezon, entdeckte Massengrab, worin man die Leichen einer Anzahl von Leuten fand, von denen man weiß, daß sie in Manila

verhaftet worden waren, zeigt, was in diesen Fällen des Verschwindens passiert⁴.

Obwohl die siebzehn erwähnten Bischöfe und die Arbeitsgruppe der Höheren Ordensobern, die sich der politischen Gefangenen annimmt, weiterhin Dokumente über willkürliche Verhaftungen⁵, die Gefangenenhaltung und Folterung politischer Häftlinge veröffentlichten und energisch dagegen protestieren, hat die katholische Bischofskonferenz trotz mehrfacher Gesuche, eine Erklärung über die politischen Häftlinge und ihre Behandlung zu veröffentlichen, noch nicht reagiert.

2. Arbeitsverhältnisse

Im November 1975 hat in der La Tondeña-Branntweinbrennerei in Manila der erste erfolgreiche Streik unter dem Kriegerrecht stattgefunden. Daraufhin verbot das Präsidial-Dekret 823 sämtliche Streiks und Hilfeleistung jeglicher Art an Arbeiter, die sich für ihre Rechte organisieren und einsetzen⁶. Dieses Verbot richtete sich offensichtlich gegen die Ordensleute und Priester, die sich am Kampf der Arbeiter beteiligten. Kardinal Sin, Erzbischof von Manila, sandte einen von zweitausend Bischöfen, Priestern und Ordensleuten unterzeichneten Brief an den Präsidenten, um gegen den Erlaß «mit aller Kraft zu protestieren». Um den Protest zum Schweigen zu bringen, wurden am Wortlaut des Dekrets einige Änderungen vorgenommen, doch der Inhalt blieb unverändert, und der Erlaß ist weiterhin in Kraft⁷.

3. Landwirtschaftliche Pächter und Arbeiter

In einer vielleicht noch schlimmeren Lage als die Industriearbeiter befinden sich gegenwärtig die landwirtschaftlichen Pächter und Arbeiter. Zu Beginn des Kriegerrechts gab Präsident Marcos ein Dekret zur Landreform heraus: Reis- und Getreideland von über sieben Hektar soll auf die Pächter aufgeteilt werden. Er sagte damals, der Erfolg oder Mißerfolg seiner Verwaltung werde an der Durchführung der Landreform beurteilt werden. Kaum war das Dekret erlassen, ließen die Landbesitzer auf den Reis- und Getreidefeldern andere Feldfrüchte anbauen, andere vertrieben die Pächter vom Land und stellten sie als Landarbeiter an, wieder andere unterteilten ihre Ländereien in Bauparzellen. Bald nachdem das Gesetz erlassen war, setzte der Präsident – ohne es selbst zu ändern – die Grenze auf vierundzwanzig statt auf sieben Hektar an und schloß so über 60 % aller Pächter von der Landreform aus⁸.

4. Kulturelle Minderheiten

Während von der Regierung die Landreform proklamiert wurde, enteignete man ererbte Ländereien kultureller Minderheiten auf betrügerischem Wege für multinationale Fruchtefirmen wie Del Monte und Dole. In anderen Fällen wurden Ländereien von der Regierung beschlagnahmt, um sie mit Stauseen für Wasserkraftwerke zu überfluten, wovon die exportorientierten Großgrundbesitzer profitieren⁹. Auch brachte man in manchen Gebieten von Mindanao viele kleine Landbesitzer durch List und Betrug oder Einschüchterung durch das Militär dazu, ihr Land an die großen Fruchthandelsfirmen abzutreten¹⁰.

Während einige Priester und Schwestern und die siebzehn erwähnten Bischöfe sich mit der Sache der Industrie- und Landarbeiter, der Pächter und der kulturellen Minderheiten identifizierten, hat die katholische Bischofskonferenz bis anhin bloß eine Erklärung über die schlimme Lage kultureller Minderheiten herausgegeben. Doch abgesehen von dieser Erklärung ist wenig geschehen, um entweder die Betroffenen selbst oder die Priester und Ordensleute, die sich ihrer annehmen, aktiv zu unterstützen.

5. Attacken der Regierung

Im September 1976 erschien in der Lokalpresse eine Reihe von Artikeln mit Angriffen gegen Priester und Ordensleute, die sich für die Armen einsetzen. Man suchte sie zu diskreditieren, indem man sie mit der kommunistischen Partei in Verbindung brachte¹¹. Die Kampagne war geschickt aufgezogen. Während sie in der Presse auf Hochtouren lief, zeigte man mit der Regierung sympathisierenden Bischöfen Filme, die vom Informationsamt der Regierung fabriziert worden waren und den Eindruck zu erwecken suchten, es drohe der Regierung und der Kirche Gefahr. Die siebzehn Bischöfe schrieben wiederum einen geharnischten Brief an die Redaktoren der Lokalpresse, um gegen den Versuch zu protestieren, diejenigen, die mit den Armen zusammenarbeiten, als Kommunisten zu verschreien¹². Obwohl die Kampagne ein wenig nachließ, geht sie auf subtileren Wegen immer noch weiter.

6. Das Referendum

Am 11. Dezember 1974 kündigte Präsident Marcos das dritte Referendum unter dem Kriegerrecht an. Sechs Wochen vor dem auf den 27. Februar 1975 anberaumten Referendum veröffentlichte das Mindanao-Sulu-Sekretariat für Sozialaktion ein Manifest, das zum Boykott des Referendums aufrief, denn solange das

Kriegsrecht nicht aufgehoben und somit eine freie Diskussion nicht gestattet sei, «dürfen wir uns nicht erlauben, an einem weiteren Demokratietheater teilzunehmen». Und da das Kriegsrecht nicht aufgehoben werde und somit eine freie Diskussion nicht stattfinden könne, schloß das Manifest: «Unser Gewissen zwingt uns, das bevorstehende Referendum zu boykottieren.» Ein paar Tage später schlossen sich die Höheren Ordensobern diesem Manifest an¹³.

An ihrer Jahreskonferenz von Ende Januar 1974 gab die katholische Bischofskonferenz der Philippinen eine Erklärung zum Referendum heraus. Die Bischöfe schlossen sich zwar dem Boykott nicht an, verlangten aber «eine freie öffentliche Diskussion der Probleme, Redefreiheit, die Freiheit, sich friedlich zu versammeln und sich aller Medien zu bedienen, damit jeder Bürger Gelegenheit hat, seine Ansichten frei zu äußern». Sie forderten jedoch nicht die Aufhebung des Kriegsrechts. Schließlich machten sie dem Präsidenten «die Anregung», «anlässlich dieses Referendums keine Strafen zu verhängen gegen diejenigen, die nicht stimmen gehen oder sich der Stimme enthalten und ihren Standpunkt öffentlich äußern»¹⁴.

Die Bischofskonferenz schien einen Boykott als moralisch vertretbare Option gelten zu lassen, und ihr Brief wurde denn auch in diesem Sinne gedeutet. Als jedoch der Tag des Referendums herannahte, sprachen sich viele Bischöfe gegen einen Boykott aus, und einer von ihnen ging sogar so weit, daß er eine Gruppe von Ordensschwwestern mit der Exkommunikation bedrohte, falls sie nicht stimmen gingen. Die siebzehn Bischöfe hingegen legten in Predigten und Briefen ihren Leuten dar, daß ein Boykott in der gegenwärtigen Situation eine sittlich verantwortbare Entscheidung sei. Obwohl die Presse die Boykottandrohung verharmloste und voraussagte, es würden höchstens zwei Prozent der Wähler der Wahl fernbleiben, waren es dann um die fünfundzwanzig Prozent¹⁵.

Die Boykottfrage machte die Spaltung in der Kirche offensichtlich und verschaffte Rom das Podium, um zu intervenieren.

7. Rom interveniert

Am 17. April 1975 erhielten die beiden Vorsitzenden der Vereinigung der höheren Ordensobern, der der Männerorden und die der Frauenorden, einen Brief von Kardinal Tabera, dem Präfekten der Ordenskongregation¹⁶. Dieser Brief war durch die Nuntiatur gegangen. Der Kardinal äußerte darin sein Bedauern über «den recht unglückseligen Verlauf der Ereignisse der letzten paar Monate im Zusammenhang mit der Vereinigung der höheren Ordensobern»¹⁷. Der Brief

kritisierte dann «die fast ausschließlich gesellschaftspolitische Akzentsetzung der Vereinigung, die das geistliche Ideal des apostolischen Ordenslebens verdunkelt»¹⁸. Auf Ersuchen der beiden Vorsitzenden fand am 10. Mai 1975 eine Konferenz mit dem Apostolischen Nuntius statt, um über die Briefe des Kardinals Tabera zu diskutieren. Bei dieser Besprechung wurde es den Obern klar, daß mit dem «recht unglückseligen Verlauf der Ereignisse» und der «fast ausschließlich gesellschaftspolitischen Akzentsetzung» das Referendum gemeint war. Der Nuntius betrachtete das Referendum an und für sich als ein rein politisches Problem¹⁹. Bei einer anderen Gelegenheit erklärte der Nuntius, die Briefe seien gesandt worden im Bestreben, die Einheit zu bewahren, die zwischen den Bischöfen und zwischen den Bischöfen und den Ordensobern bestehen sollte²⁰. Diese Einheit wurde zu einem Absolutum erhoben, das um jeden Preis zu bewahren ist, selbst um den Preis, sich um klare Verletzungen der Menschenrechte nicht zu kümmern. Im Verlauf des Jahres wurde die Vorsitzende der Vereinigung der höheren Ordensoberinnen als nicht mehr wählbar zur Wiederwahl als Provinzialin ihrer Kongregation erklärt, und der Vorsitzende der Vereinigung der höheren Ordensobern erhielt von Rom die Weisung, das Land für die Dauer eines Jahrs zu verlassen.

8. Bemühungen der Bischofskonferenz, die Regierung zu beschwichtigen

An der Versammlung der katholischen Bischofskonferenz vom Juli 1975 wurde zur Leitung der Bischofskonferenz während der folgenden zwei Jahre ein Vorstand gewählt, der mit einer Ausnahme aus Regierungsanhängern bestand. Unmittelbar nach seiner Wahl traf der neue Vorstand, obwohl er erst im Januar 1976 das Amt zu übernehmen hatte, mit Präsident Marcos zusammen. Diese Zusammenkunft brachte kirchliche Kreise in arge Verlegenheit, als am folgenden Tag die Presse in ihren Schlagzeilen sagte: «Die katholische Kirche, die traditionsgemäß gegen die Geburtenkontrolle eingestellt ist, erklärte sich gestern mit der von Marcos vertretenen politischen Grundlinie einverstanden, daß die Regierung sämtliche Familienplanungsmethoden unterstützt.»²¹ Als Kardinal Rosales, der neue Präsident der Konferenz, tags darauf eine Klarstellung veröffentlichte, wurde diese in einem obskuren Winkel der Zeitungen untergebracht. Die Erklärung des Kardinals steigerte nur noch die Verwirrung, da sie den Eindruck erweckte, die Kirche habe ihren in «*Humanae vitae*» vertretenen Standpunkt wesentlich geändert²².

Nach der summarischen Deportation von vier Priestern gegen Ende 1975 und anfangs 1976 versuchte der Vorstand der Bischofskonferenz, an seiner Zusammenkunft im Januar 1976 die Diskussion über diesen Punkt zu blockieren. Schließlich erklärte er sich damit einverstanden, über die Deportation Erkundigungen anzustellen. Statt dies auch wirklich zu tun, gab man sich mit dem Wort des Präsidenten zufrieden, wonach dabei nach dem Recht verfahren worden sei. Dies veranlaßte einige der siebzehn Bischöfe, dem Vorstand vorzuwerfen, er habe mit dem Präsidenten einen Handel abgeschlossen. Die Umstände schienen diesen Vorwurf zu bestätigen²³.

Nachdem das Militär zwei kirchliche Radiostationen und drei Veröffentlichungen mundtot gemacht hatte, gab die Bischofskonferenz einen recht überraschenden Hirtenbrief heraus, worin sie zwar diplomatisch, aber doch mit einer gewissen Festigkeit über die Grundrechte der Familien, der Stammesminderheiten, der im Dienst der Evangelisation Stehenden und über das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren sprach²⁴. Durch diese Erklärung ermutigt, erwarteten die progressiveren Bischöfe, daß der an der Versammlung vom Juli 1977 zu wählende neue Vorstand für die ganze Konferenz repräsentativ sein werde. Doch dies sollte nicht der Fall sein. Im Juli traf die für die Regierung eingestellte Gruppe innerhalb der Konferenz mit einer vorbereiteten Liste von Kandidaten ein, die sie bei der Wahl dann auch durchbrachte. Auch bei dieser Zusammenkunft weigerte sich die Bischofskonferenz, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, daß im Familienplanungsprogramm der Regierung die Menschenrechte weitgehend mißachtet werden.

9. Die letztthin durchgeführten Wahlen

Im April 1978 hielt das Land die erste Wahl unter dem Kriegsrecht ab. Die bekanntgegebenen Resultate bedeuteten einen vollständigen Sieg sämtlicher Regierungskandidaten. Doch die wohldokumentierten massiven Fälle von Wahlbetrug, besonders im Gebiet von Groß-Manila, lassen am proklamierten Sieg der Regierungskandidaten ernsthaft zweifeln²⁵. Als zwei Tage nach der Wahl ein friedlicher Marsch stattfand, um gegen den Wahlverlauf zu protestieren, wurden fünfhundert Personen, darunter vier Oppositionskandidaten, zwei frühere Senatoren, ein Priester und sechs Ordensschwwestern verhaftet. Zwei Tage nach diesem Protestmarsch durchsuchte das Militär vier Ordenshäuser, von denen eines gestürmt wurde. Ein junger Mann, den man bei diesem Überfall verhaftete, starb vier Tage später an den Folgen der erlittenen Torturen²⁶. Die Höheren Ordensobern riefen zu einem Tag

des Gebets und Fastens in der Kathedrale von Manila auf, um gegen alle diese Ereignisse zu protestieren. Doch die Bischöfe als Körperschaft sind bis jetzt stumm geblieben.

10. Schluß

Gegenwärtig sieht es nicht so aus, daß die Bischofskonferenz für die Menschenrechte energischer eintreten wird. Sie fürchtet sich vor den Folgen eines Konflikts mit der Regierung: Besteuerung der Kirchengüter, Überwachung der katholischen Schulen und weitere Belästigungsformen. Diese Gefahren bestehen. Die Befürchtungen haben sich von Zeit zu Zeit bewahrheitet. Es ist eine traurige Tatsache, daß sie die Stimme der katholischen Bischofskonferenz zum Schweigen gebracht haben. Kürzlich wurde Kardinal Sin bei seiner Abreise nach Rom durch das Militär im Flughafen aufgehalten; man versuchte, ihn am Verlassen des Landes zu hindern²⁷. Der Nuntius sprach in der Angelegenheit beim Präsidenten vor. Es erfolgte eine Entschuldigung²⁸. Doch weder der Nuntius noch die Bischofskonferenz erhoben ihre Stimme gegen die willkürlichen Verhaftungen und Festhaltungen, die Folterung und Ermordung politischer Häftlinge, die unmenschliche Vertreibung armer Ansiedler, die Enteignung von Ländereien, die überhandnehmende Mißachtung der Rechte kultureller Minderheiten und die beständige Bedrückung und Belästigung von Industriearbeitern, wenn sie versuchen, ihre berechtigten Beschwerden vorzubringen. Die Konferenz hat zu groben Mißachtungen der Rede- und Versammlungsfreiheit und des Rechtes auf Zugang zu Informationen geschwiegen. Wie es scheint, ist für den Nuntius und die Mehrheit der Bischöfe die Hauptsorge die, daß die Vorrechte der Kirche erhalten bleiben.

Die siebzehn Bischöfe im Verein mit einer ganzen Anzahl von Priestern und Ordensleuten hingegen werden weiterhin ihre Stimme erheben, um die Menschenrechte zu verteidigen. Für sie kann das Streben der Kirche nach Gerechtigkeit nicht von dem absehen, was das Volk Tag für Tag erlebt und erleidet. Die Situation in den Bistümern dieser Bischöfe ist von diesem Streben gekennzeichnet. Ihre Gläubigen sind im Leben der Kirche aktiv. Sie überwinden ihre Furcht, sprechen offen und organisieren sich, um sich mit Fragen der Gerechtigkeit und der Menschenrechte auseinanderzusetzen.

In gewissem Sinn bestehen auf den Philippinen gegenwärtig zwei Kirchen: die alte, institutionelle, auf das Establishment ausgerichtete Kirche, die das Bestehende zu bewahren sucht, und die neue, dynamische, auf das Volk ausgerichtete Kirche, die es mit den achtzig Prozent der Bevölkerung hält, die arm und be-

drängt sind und bis jetzt von der institutionellen Kirche größtenteils vernachlässigt wurden. Der Dynamismus dieser neuen Kirche entspricht dem einfachen, doch tiefen Glauben der Armen und entbindet dabei bis jetzt noch ungenutzte Kräfte. Mehr und mehr entziffern die kleinen Leute die Zeichen der Zeit in ihrem eigenen Leben und in ihrer Umwelt im Licht des Glaubens. Ihre einfachen Überlegungen sind tief und packend. Sie artikulieren in ihrem Glaubensleben eine wirklich bodenständige Theologie und finden ihre Identität als authentische Ortskirche. Die Schlichtheit, Ehrlichkeit und Direktheit ihres Vorgehens ist vielleicht die größte Bedrohung für die alte, auf das Establishment gestützte Kirche und für das Kriegsrechtregime.

Die Kirche ist in ihrer Haltung zum Problem der Menschenrechte gespalten. Die einen sehen dies für

etwas Schlimmes an, die anderen als Herausforderung, daran zu wachsen. Sie sehen im Tun und Treiben der Menschen Gottes Vorsehung mitspielen und sind sich bewußt, daß jedes menschliche Bestreben unter dem Zeichen des Ostermysteriums steht. Vorderhand ist diese neue Kirche noch klein. Sie ist eine leidende Kirche, wird aber stark und furchtlos. Man sagt von alters her, das Blut der Märtyrer sei für die Kirche wie ein Same. Heute bezeugen die armen, leidenden und in manchen Fällen bei der Verteidigung ihrer Würde und der Würde ihrer Mitmenschen sterbenden Menschen ihren Glauben an den lebendigen Gott, der in der Geschichte wirkt, und an seinen Sohn Jesus Christus, der starb, damit die anderen leben. Sie sind ebenso sehr Märtyrer wie die Blutzeugen von einst, denn durch ihr Blut sind sie Same dieser neuen, dynamischen, vitalen Kirche der Armen.

¹ «Ut Omnes Unum Sint.» Statement of seventeen Bishops, November 4, 1977.

² Erklärung des Ministers der nationalen Verteidigung, Juan Ponce Enrile im BBC-Dokumentarfilm «Collision Course». Im Fernsehen BBC, 9. Mai 1977.

³ Political Detainees in the Philippines (AMRSP, Manila, March 31, 1976 und 1977); Report of an Amnesty International Mission to the Republic of the Philippines, 22 November – 5 December, 1975 (A.I., London ²1977); The Decline of Democracy in the Philippines (International Commission of Jurists, Genf 1977).

⁴ «Political Detainees Update», September 30, 1977.

⁵ Die Arbeitsgruppe der Höheren Ordensoberen veröffentlicht periodisch Berichte über die Häftlinge. Diese Berichte enthalten Angaben über die jüngsten Verhaftungen, Fälle von Folterungen, Todesfälle und neueste Angaben über die Zahl der Häftlinge.

⁶ Justice for the Filipino Worker (AMRSP, Manila 1976). In dieser Broschüre sind der Brief von Kardinal Sin zum P.D. 823, das Dekret selbst und weitere Angaben zu finden.

⁷ Ebd.

⁸ Signs of the Times, passim. Die Verlagstätigkeit des AMRSP wurde am 5. Dezember 1976 vom Militär mit Gewalt unterbunden.

⁹ Ebd., passim.

¹⁰ Ebd., passim.

¹¹ Times Journal, September 1, 1976; Bulletin Today, September 1, 1976; Philippines Daily Express, September 9, 1976, September 16, 1976 u.a.m.

¹² «Letter to the Editor, Times Journal, Bulletin Today, Philippine Daily Express». Der Brief war undatiert und wurde in der Presse nie veröffentlicht.

¹³ Manifesto of the Mindanao-Sulu Secretariat for Social Action (MISSA), January, 9, 1975. Die Billigung durch die Höheren Ordensoberen ist an das Manifest angefügt.

¹⁴ Erklärung der katholischen Bischofskonferenz zum Referendum, von deren Präsident, Kardinal Rosales, unterzeichnet und vom 3. Januar 1976 datiert.

¹⁵ Signs of the Times, March 1976, legt eine Analyse der Abstimmungsresultate vor. Die Regierung selbst behauptete, es seien 24 Millionen registrierte Wähler gewesen. Später sprach sie von ungefähr 18 Millionen Wählern beim Referendum.

¹⁶ Von Kardinal Tabera unterzeichnete, vom 17. April 1976 datierte Briefe an Sr. Christine Tan R.G.S. und P. Benigno A. Mayo SJ. Die Briefe lauteten gleich.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Die Oberen gaben am 24. Juni 1975 einen summarischen Bericht über diese Zusammenkunft heraus.

²⁰ Interview, das Mgr. Torpigliani, der Apostolische Nuntius, am 25. Mai 1977 in Malaybalay, Bukidnon, gab.

²¹ Bulletin Today, July, 1975.

²² Ebd.

²³ Brief des Bischofs Jesus Varela an Kardinal Rosales vom 2. April 1976 und die Antwort des Kardinals Rosales an Bischof Varela: Signs of the Times, Mai 1, 1976.

²⁴ Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz an das Gottesvolk, 29. Januar 1977.

²⁵ Ichthys, April 28, 1978.

²⁶ Ichthys, May 12, 1978 und June 9, 1978.

²⁷ Bulletin Today, Mai 21 – May 28, 1978.

²⁸ Ebd.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. August Berz

MARIA GORETTI/DOMINGO SALE

Aus Sicherheitsgründen veröffentlichen die beiden Autoren, Mitglieder des Jesuitenordens, die der Redaktion bekannt sind, diesen Bericht unter Pseudonymen.